

Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: Bündnis 90 / Die Grünen Bielefeld

Allgemeine Haltung & Selbstverständnis

Welche politische Bedeutung misst ihre Partei dem CSD als Gesamtereignis bei, bestehend aus Demonstration und Straßenfest, in Hinblick auf dessen Funktion für Gleichstellung, Akzeptanz und Sichtbarkeit queerer Menschen?

Wir schätzen den CSD als starkes und extrem wichtiges Zeichen für queere Sichtbarkeit und Gleichstellung in der Stadtgesellschaft.

Wie positioniert sich Ihre Partei seit dem letzten CSD zu den Rechten von LSBTIQ*-Personen konkret in Bielefeld?

Die Rechte von LSBTIQ*-Personen sind für uns nicht verhandelbar und müssen gestärkt und verteidigt werden. Unsere Ziel ist es, eine inklusive Gesellschaft zu fördern, in der alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, sicher und selbstbestimmt leben können.

Welche Maßnahmen hat Ihre Partei im letzten Jahr für LSBTIQ*-Rechte in Bielefeld ergriffen?

Wir haben uns im Kommunalwahlprogramm und bei Wahlveranstaltungen dafür eingesetzt. Konkret: s. Nächste Fragen.

Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: Bündnis 90 / Die Grünen Bielefeld

Allgemeine Haltung & Selbstverständnis

Mit welchen konkreten LSBTIQ*-Themen setzt sich ihre Partei auf kommunaler Ebene auseinander?

In Bielefeld arbeiten Menschen, Organisationen und die Gleichstellungsstelle an der Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen (LSBTIQ*). Diese Arbeit wollen wir weiterhin stärken und nach Möglichkeit weiter ausbauen.

Wir stehen für:

- Queeres Leben in Bielefeld soll weiter sichtbar gemacht werden, z. B. durch die Ausrichtung eines Christopher-Street-Days. Die Koordination und Beratung über die Angebote von LSBTIQ* der Stadt ist dabei wichtig und beizubehalten. • Wir fördern Gewaltschutz durch Vor-Ort-Angebote wie das Modellprojekt StoP (Stadt teile ohne Partnergewalt).
- Wir verurteilen Gewalt gegen Frauen/Mädchen scharf und setzen uns mit der Gleichstellungsstelle, den Bielefelder Mädchen- und Frauenhäusern und Beratungsstellen für die Umsetzung der Istanbul-Konvention ein. Insbesondere die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt soll finanziell abgesichert werden • Wir setzen uns für Projekte ein, die eine „Vorurteilsfreie Schule“ fördern.
- Schulen sollen ein Schutzraum für LSBTIQ* sein. Wir stehen für die Akzeptanz und den Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Das bedeutet, auch im Raum der Schule offen zu sein für die gelebte Vielfalt, bei Schüler*innen, Pädagog*innen und Eltern.
- Wir setzen uns ein für Fortbildungen des Personals in Schulen und Kitas. den CSD als starkes und extrem wichtiges Zeichen für queere Sichtbarkeit und Gleichstellung in der Stadtgesellschaft.

Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: Bündnis 90 / Die Grünen Bielefeld

Kommunale LSBTIQ*-Politik & Schutzmaßnahmen

Wie begegnet ihre Partei regional den bestehenden Lücken im Gewaltschutz für trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen – insbesondere im Hinblick auf Zugang zu Schutzräumen, Beratung und Unterstützung?

Wir drängen auch auf Bundesebene darauf, dass Gewaltschutz auch Trans*, Intergeschlechtliche und Nicht-Binäre Menschen umfasst. Das ist für uns selbstverständlich und sollte gesamtgesellschaftlich selbstverständlich sein.

Welche konkreten Maßnahmen setzt Ihre Partei auf kommunaler Ebene in Bielefeld zum Schutz von LSBTIQ*-Personen um (z. B. Antidiskriminierungsprogramme, Beratungsstellen, Schutzräume), vor dem Hintergrund, dass entsprechende Bundesprogramme bzw. -stellen (Respekt*OWL) inzwischen beendet wurden, der tatsächliche Bedarf vor Ort jedoch weiterhin besteht?

Für uns steht außer Frage, dass es spezifische und niedrigschwellige Beratungsangebote und Schutzräume für LSBTIQ*-Personen geben muss. Dafür setzen wir auch in der Opposition entschlossen ein, zum Beispiel durch entsprechende Anträge. Es ist uns wichtig, dass gleichstellungspolitische Akteur*innen, die Schutzräume bieten, mit den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen unterstützt werden. Darüber hinaus sind hier auch Landes- und Bundesebene gefragt.

Welche Bereiche der queeren Infrastruktur (z.B. Beratung, Jugendarbeit, Schutzräume, Prävention) müssen aus ihrer Sicht zwingend vollständig erhalten oder ausgebaut werden - auch bei angespannten Haushalten?

Erstrebens- und wünschenswert wäre es, wenn wir alle momentan bestehenden Angebote der queeren Infrastruktur erhalten könnten. Dafür setzen wir auch in der Opposition entschlossen ein. Ob es aufgrund der sehr angespannten Haushaltssituation der Stadt Bielefeld gelingen wird, ist fraglich.

Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: Bündnis 90 / Die Grünen Bielefeld

Kommunale LSBTIQ*-Politik & Schutzmaßnahmen

Welche kommunalen Handlungsmöglichkeiten nutzt ihre Partei aktiv, um Abschiebungen besonders schutzbedürftiger queerer Personen zu verhindern oder auszusetzen?

Als Kommune haben wir lediglich die Möglichkeit Betroffene auf den Petitionsausschuss bzw. auf die Härtefallkommission des Landtags aufmerksam zu machen, damit dort ein Antrag gestellt werden kann, um über diese Instrumente eine drohende Abschiebung zu verhindern. Sollten diese Möglichkeiten nicht rechtzeitig greifen, besteht im Extremfall die Möglichkeit des Kirchenasyls, um kurzfristige Abschiebungen zu verhindern.

Bildung, Jugend & Aufklärung

Welche Maßnahmen unterstützt Ihre Partei in Bielefeld für eine inklusive und queersensible Sexualaufklärung sowie eine stärkere Präventionsarbeit an Schulen?

Die Richtlinien für die Sexualerziehung in Nordrhein-Westfalen greifen verschiedene geschlechtliche Identitäten und sexuelle Orientierungen auf. Initiativen wie Schlauf mit die Bildungs- und Antidiskriminierungs-Workshops zu sexueller, geschlechtlicher und romantischer Vielfalt in Schulen unterstützen wir ausdrücklich.

Wie wollen Sie queere Jugendliche in Bielefeld besser vor Diskriminierung, Mobbing und Hass im schulischen, freizeitbezogenen und digitalen Umfeld schützen?

Auch hier sind Sensibilisierung und Fortbildung aus unserer Sicht zentral. Viele Schulen setzen auf Programme wie "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage", in denen auch queerfeindliches Mobbing thematisiert wird. Auch "Schule der Vielfalt" begrüßen wir ausdrücklich. Insbesondere im digitalen Umfeld sind Bund und EU dafür verantwortlich, Regelungen umzusetzen, die die Plattformen in die Pflicht nehmen gegen digitale Gewalt vorzugehen.

Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: Bündnis 90 / Die Grünen Bielefeld

Bildung, Jugend & Aufklärung

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Verschärfung des Strafrechtes ein, damit das Verbreiten von sexualisierten Deepfakes und das Erstellen von heimlichen Aufnahmen endlich angemessen bestraft wird. Unser Ziel ist ein umfassendes Gesetz gegen digitale Gewalt und eine strenge Regulierung der großen Internetplattformen, die bei Hass und Hetze sofort handeln müssen. Gleichzeitig setzen wir uns für ein bundesweites Schutz- und Meldesystem nach spanischem Vorbild ein, damit Betroffene schnelle Hilfe erhalten und Gewalttäter*innen frühzeitig gestoppt werden.

Gesundheitsversorgung & Soziale Gerechtigkeit

Gibt es konkrete kommunale oder politische Pläne zur Verbesserung der psychologischen und psychosozialen Versorgung für queere Jugendliche und Erwachsene, insbesondere vor dem Hintergrund von fehlenden Beratungsstellen, langen Wartezeiten und Kürzungen im Bereich therapeutischer Angebote?

Wir unterstützen u.a. den Qualitätszirkel psychologische Beratung mit uni und lehre/ H1, trans Beratungsangebote und Kinder Ambulanz am Klinikum. Ein Ausbau ist selbstverständlich wünschenswert.

Wo sieht Ihre Partei aktuell die größten Lücken im Bereich Gesundheit und gesellschaftlicher Teilhabe queerer Menschen und welche konkreten Maßnahmen sollen diese schließen?

Trotz großer gesellschaftlicher und rechtlicher Fortschritte bestehen Anfeindungen und Ausgrenzung von LSBTIQ* in der Gesellschaft nach wie vor fort. So macht eine überwältigende Mehrheit der lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie anderen queeren Jugendlichen Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer sexuellen beziehungsweise geschlechtlichen Identität. Die Suizidrate und das Risiko von Wohnungslosigkeit sind bei queeren Jugendlichen signifikant höher als bei gleichaltrigen Heterosexuellen. Da Vorurteile und Ressentiments gegenüber LSBTIQ* tief in der Mitte der Gesellschaft verankert sind, hat auch die Mehrheit queerer Arbeitnehmer*innen bereits Diskriminierung am Arbeitsplatz erlebt.

Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: Bündnis 90 / Die Grünen Bielefeld

Mit dem Selbstbestimmungsgesetz sind wir 2024 einen großen Schritt gegangen und haben die persönliche Freiheit von trans*, inter* und nichtbinären Menschen gestärkt. Queere Menschen haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung. Deshalb soll unter anderem die Kostenübernahme durch die Krankenkassen für medizinische Transitionsmaßnahmen für alle Betroffenen diskriminierungsfrei gewährleistet werden. Der Aktionsplan „Queer leben“, den das Familienministerium für beendet erklärte, enthält Maßnahmen in sechs Handlungsfeldern (rechtliche Anerkennung, Teilhabe, Sicherheit, Gesundheit, Stärkung von Beratungs- und Communitystrukturen, Internationales). Wir treten weiter für die Umsetzung ein.

Rechtliche Gleichstellung & Verwaltungsfragen

Falls das Selbstbestimmungsgesetz zurückgenommen oder verschärft werden sollte: Welche konkreten politischen und kommunalen Schutzmechanismen würden Sie in Bielefeld für trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen schaffen?

Wir gehen von dem Bestand des Selbstbestimmungsgesetzes aus und treten entschlossen dafür ein. Im Falle einer Reform würden wir auf allen Ebenen die Auswirkungen beurteilen und prüfen, wie trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen geschützt und unterstützt werden können.

Unterstützt Ihre Partei eine Erweiterung von Artikel 3 Grundgesetz, sodass sexuelle und geschlechtliche Identität explizit als Schutzmerkmal aufgenommen werden?

Ja, wir setzen uns ausdrücklich für eine solche Erweiterung ein. Wir fordern die Aufnahme der Merkmale „sexuelle Identität“ und „geschlechtliche Identität“ in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes, um queere Menschen besser vor Diskriminierung zu schützen. Wir haben entsprechende Gesetzentwürfe und Anträge in den Bundestag eingebracht und unterstützen die gleichlautenden Initiativen verschiedener Bundesländer im Bundesrat. Für eine Grundgesetzänderung ist allerdings eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit erforderlich, an der es bislang jedoch fehlt, da unter anderem die Regierung eine Erweiterung ablehnt oder als juristisch nicht als zwingend erachtet.

Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: Bündnis 90 / Die Grünen Bielefeld

Öffentliche Unterstützung & Symbolik

Wie steht Ihre Partei zu einer Weiterentwicklung oder inhaltlichen Fortführung des "Aktionsplans Queeres Leben", der zwar laut Bundesregierung als beendet gilt, aus Sicht vieler queerer Initiativen, wie auch BIE Queer e.V., jedoch weiterhin als politisch notwendig angesehen wird?

Zum Ende der Ampel-Regierung wurden laut dem ersten Umsetzungsbericht 83 der 134 Maßnahmen bereits umgesetzt oder befanden sich in der Umsetzung. Die aktuelle Bundesregierung sollte diese Arbeit fortsetzen im Sinne einer aktiven Politik gegen Diskriminierung und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass der CSD und andere queere Kulturveranstaltungen in Bielefeld nicht nur symbolisch unterstützt, sondern langfristig finanziell, organisatorisch und sicherheitspolitisch abgesichert werden?

Der CSD gehört für uns zu Bielefeld! Wir werden uns auch in Zukunft im Rahmen unserer kommunalpolitischen Möglichkeiten entschlossen dafür einsetzen, dass der CSD und andere queere Kulturveranstaltungen erhalten bleiben.

Welche konkreten kommunalen Prioritäten setzt Ihre Partei, um sicherzustellen, dass intersektionale Perspektiven in der lokalen Ausgestaltung von "Demokratie leben!" erhalten, sichtbar und wirksam werden?

Auf Bundesebene setzen wir uns für den Erhalt und die Verstetigung dieser Programme ein. Für die Kommune müssen wir ehrlich sein, dass es vermutlich in den kommenden Jahren so sein wird, dass wir alle Kräfte bündeln müssen, um mögliche Streichungen von Programmen wie hier genannt zu vermeiden.

Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: Bündnis 90 / Die Grünen Bielefeld

Transparenz & Verpflichtung

Wie wird innerparteilich sichergestellt, dass queere Mitglieder ihrer Partei repräsentiert und gehört werden?

Wir als Grüne haben uns mit dem „Statut für eine vielfältige Partei“ verpflichtet, die gesellschaftlich Vielfalt zu repräsentieren. Viele Menschen sind jedoch aufgrund von gesellschaftlichen Verhältnissen strukturell von Ungleichbehandlung betroffen. Deswegen setzen wir es uns zur Aufgabe, unsere Strukturen so zu gestalten, dass sie in Bezug auf Geschlecht, eine rassistische, antisemitische oder antiziganistische Zuschreibung, die Religion und Weltanschauung, eine Behinderung oder Erkrankung, das Lebensalter, die Sprache, die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität, den sozialen oder Bildungsstatus oder die Herkunft inklusiv und nicht-diskriminierend wirken.

Wir stellen uns Diskriminierung auch innerhalb unserer Partei entschlossen entgegen. Durch kritische Selbstreflexion auf allen Ebenen wollen wir Wissen und Bewusstsein über bestehende oder mögliche Diskriminierungsmechanismen – gerade auch mehr-dimensional wirkende – in unserer Partei verankern und diese Mechanismen abbauen. Diskriminierungsfälle innerhalb grüner Strukturen werden wir aktiv bearbeiten und Betroffene vor Diskriminierung und Rassismus schützen.

Wir etablieren und stärken innerhalb unserer Strukturen geschützte Räume, in denen gerade Menschen mit Diskriminierungserfahrungen sich austauschen, vernetzen und gegenseitig stärken können, und stellen dafür Ressourcen zur Verfügung.

Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: Bündnis 90 / Die Grünen Bielefeld

Transparenz & Verpflichtung

Welche weiteren konkreten und messbaren Schritte wird Ihre Partei in den kommenden Jahren auf kommunaler Ebene umsetzen, um die Sichtbarkeit, Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe queerer Menschen vor Ort zu stärken?

In der Opposition sind unsere Handlungsmöglichkeiten begrenzter als in den letzten Jahren. In Bielefeld arbeiten Menschen, Organisationen und die Gleichstellungsstelle an der Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen (LSBTIQ*). Diese Arbeit sollte gestärkt und nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden.

Wir stehen für:

- Queeres Leben in Bielefeld soll weiter sichtbar gemacht werden, z. B. durch die Ausrichtung des Christopher-Street-Days. Die Koordination und Beratung über die Angebote von LSBTIQ* der Stadt ist dabei wichtig und beizubehalten.
- Wir fördern Gewaltschutz durch Vor-Ort-Angebote wie das Modellprojekt StoP (Stadtteile ohne Partnergewalt).
- Wir verurteilen Gewalt gegen Frauen/Mädchen scharf und setzen uns mit der Gleichstellungsstelle, den Bielefelder Mädchen- und Frauenhäusern und Beratungsstellen für die Umsetzung der Istanbul-Konvention ein. Insbesondere die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt soll finanziell abgesichert werden
- Wir setzen uns für Projekte ein, die eine „Vorurteilsfreie Schule“ fördern.
- Schulen sollen ein Schutzraum für LSBTIQ* sein. Wir stehen für die Akzeptanz und den Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Das bedeutet, auch im Raum der Schule offen zu sein für die gelebte Vielfalt, bei Schüler*innen, Pädagog*innen und Eltern.
- Wir setzen uns ein für Fortbildungen des Personals in Schulen und Kitas.